



Pressemitteilung

EUROPAS REGIERUNGEN SETZEN AUF MEHR FRAUEN IN AUFSICHTSRÄTEN / FIDAR FORDERT GESETZLICHE QUOTE AUCH IN DEUTSCHLAND

- » Bundesfamilienministerin Kristina Schröder stellt erstmals Eckpunkte des Stufenplans der Bundesregierung für mehr Frauen in Führungspositionen vor
- » Wettlauf um gesetzliche Maßnahmen für mehr Chancengleichheit in der Europäischen Union
- » FidAR-Präsidentin: „Wir brauchen jetzt eine verbindliche gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte“

Berlin, 15.03.2010: In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird die Chancengleichheit von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft zunehmend gesetzlich verankert. Frankreich steht kurz davor, eine Frauenquote für Aufsichtsräte, die Niederlande sogar für die Vorstände, einzuführen. In Belgien, Finnland, Österreich, Schweden und Spanien wurden entsprechende Gesetzesinitiativen in die Wege geleitet bzw. beschlossen. Vorbild der Entwicklung ist Norwegen, wo seit 2008 eine gesetzliche Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen gilt. In der Französischen Botschaft in Berlin diskutieren heute auf dem zweiten Forum der Initiative FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte hochrangige Experten aus dem In- und Ausland über die bahnbrechende Entwicklung hin zu mehr Gleichberechtigung in der europäischen Wirtschaft und die in Deutschland erwogenen Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen.

Anlässlich des Forums stellt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die Eckpunkte eines Stufenplans zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen vor. „Frauen haben längst die Arbeitswelt erobert. Aber dort, wo die wichtigen Entscheidungen getroffen werden, bleiben die Männer immer noch unter sich“, erklärt Schröder vor Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in der Französischen Botschaft in Berlin. „Doch Unternehmen können es sich gar nicht mehr leisten, in den Führungsetagen auf die Kompetenz von Frauen zu verzichten. Deswegen freue ich mich, wenn Unternehmen mit gutem - freiwilligem - Beispiel vorangehen. Eine gesetzlich verordnete Quotenregelung für Frauen in Aufsichtsräten kann nur Ultima Ratio sein. Die nötigen Veränderungen erreichen wir nur mit Unterstützung der Wirtschaft und nicht gegen sie“, betont die Ministerin.

In Frankreich hat die Nationalversammlung am 20.01.2010 ein Gesetz zur Einführung einer verbindlichen Frauenquote von 20 Prozent nach drei und 40 Prozent nach sechs Jahren in den Kontrollgremien börsennotierter Gesellschaften und öffentlicher Unternehmen verabschiedet. Firmen, die bisher keine Frauen in ihren Aufsichtsräten haben, müssen innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes mindestens eine Frau berufen. Das Gesetz liegt der zweiten Kammer, dem Senat, zur Entscheidung vor. „Schon jetzt reagieren einige Konzerne auf das Gesetz und haben angekündigt, Frauen in ihre Aufsichtsräte zu berufen. Die Entwicklung bei unserem wichtigsten Wirtschaftspartner Deutschland in dieser Frage beobachten wir mit großem Interesse“, erklärt Graham Paul, Gesandter der Französischen Botschaft in Berlin.

In Finnland fordert der Corporate Governance Kodex seit diesem Jahr, dass in Aufsichtsräte Vertreter beider Geschlechter berufen werden müssen. Wird das Ziel nicht erreicht, muss die Nichteinhaltung erklärt werden. In staatlichen Betrieben liegt der Frauenanteil in Aufsichtsräten bereits seit 2006 bei 40 Prozent. „Die finnische Regierung beobachtet die Entwicklung in den Nachbarstaaten sehr genau“, so Leena Linnainmaa, Direktorin der nationalen finnischen Handelskammer. „Der Druck über den

Corporate Governance Kodex zwingt die Unternehmen schon jetzt zum Umdenken. Seit Jahresbeginn ist der Frauenanteil in Aufsichtsräten spürbar angestiegen.“

Während gesetzliche Maßnahmen in Deutschland noch ausstehen, handeln immer mehr Unternehmen und stärken bewusst die Vielfalt in der Unternehmensführung. Dabei werden sie von der Empfehlung des Corporate Governance Kodex bestärkt, für eine angemessene Vertretung von Frauen in Aufsichtsräten und im Vorstand zu sorgen. Die HypoVereinsbank hat zu Beginn des Jahres den ersten Frauenbeirat eines deutschen Finanzinstituts eingerichtet. Der Vorstand der Deutschen Telekom AG hat jetzt beschlossen, bis 2015 eine Quote von 30 Prozent Frauen in Führungspositionen zu erreichen. „Es geht uns bei der Frauenquote nicht um politisch korrekte Alibiregelungen, sondern um die spürbare und nachhaltige Umsetzung von Chancengleichheit für die besten Talente, egal welchen Geschlechts. Unsere jahrelangen Maßnahmen zur Frauenförderung waren redlich und gut gemeint, der durchschlagende Erfolg blieb wie in allen großen Unternehmen leider aus. Deshalb gehen wir jetzt einen neuen und mutigen Weg, ohne die bisherigen Fördermaßnahmen aufzugeben“, betont Thomas Sattelberger, Vorstand Personal der Deutschen Telekom AG.

Im Februar hat die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex empfohlen, in den Richtlinien zur guten Unternehmensführung konkrete Pläne einzufordern, wie der Anteil von Frauen in den Aufsichtsgremien erhöht werden kann. Die Aufsichtsräte müssten danach zukünftig in der Entsprechungserklärung darlegen, welchen Anteil von Frauen sie für angemessen halten und bis wann dies erreicht werden kann. Bisher fordert der Corporate Governance Kodex die Unternehmen nur dazu auf, bei der Zusammensetzung von Aufsichtsrat und Vorstand auch auf „Vielfalt (Diversity)“ zu achten.

Rechtsanwältin Frauke Vogler, die als eine der ganz wenigen Aufsichtsrätinnen in Deutschland die Interessen der Anteilseigner im Kontrollgremium einer börsennotierten Gesellschaft vertritt, sieht keinen Grund, warum nicht mehr Frauen in Aufsichtsratspositionen vorrücken könnten. „Es gibt genügend hervorragend qualifizierte Frauen, die für Führungspositionen in Vorstand und Aufsichtsrat geeignet sind. Die Vorbehalte mancher Kollegen sind völlig unbegründet. Frauen bringen andere Perspektiven ein und stärken die Unternehmensführung. Außerdem zeigen Untersuchungen, dass Unternehmen mit Frauen im Spitzenmanagement erfolgreicher und profitabler sind. Ein Umdenken ist also im Interesse der Aktionäre.“

„Die Einführung einer Frauenquote in Norwegen war das Signal, die Entwicklung in Frankreich und den europäischen Nachbarstaaten ist der Durchbruch für mehr Gleichberechtigung in der europäischen Wirtschaft“, erklärt Monika Schulz-Strelow, Präsidentin der Initiative FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte. „Die Bundesregierung sollte sich diese Entwicklung zum Vorbild nehmen und den Stufenplan zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst möglichst schnell ausgestalten und umsetzen.“ Die Erfahrung zeige, dass eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft nicht ausreichte, um substantielle Änderungen zu erreichen. „Wir bleiben bei unserer Forderung nach einer verbindlichen, gesetzlich verankerten Quote von 25 Prozent + Frauen in Aufsichtsräten. Wir spüren bei FidAR den Rückenwind der europäischen Nachbarn, aber auch in zunehmender Weise das Umdenken in der Wirtschaft und in der Deutschen Corporate Governance Kommission. Das letzte männlich dominierte Jahrzehnt begann mit der Internetkrise und endete mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Das neue Jahrzehnt wird das Jahrzehnt der Frauen in der Wirtschaft“, so Schulz-Strelow.

Das mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte FidAR-Forum II unter dem Motto „Eine gute Wahl: Mehr Frauen in die Aufsichtsräte“ erweist sich erfolgreich als Impulsgeber für die Diskussion in Wirtschaft, Politik und Medien. Die



FidAR

Frauen in die Aufsichtsräte e.V.

Veranstaltung war dreifach überbucht. Das aktuelle Programm finden Sie im Internet unter www.fidar-einegutewahl.de.

Pressemappe und Fotos zum FidAR Forum II

Am 15.03.2010 stellen wir unter <http://www.fidar-einegutewahl.de/Presse.45.0.html> eine umfangreiche Pressemappe mit Informationen und Redemanuskripten sowie Fotos der Veranstaltung bereit.

Ihre Ansprechpartnerin

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e. V.

Monika Schulz-Strelow, Präsidentin

Tel.: +49 (30) 26 30 87 37, E-Mail: Monika.Schulz-Strelow@fidar.de

Fotos der Ansprechpartnerin erhalten Sie in der Pressestelle. Dort erhalten Sie auch weitere Informationen und Untersuchungen zu Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft.

Pressekontakt:

Matthias Struwe | Eye Communications | Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +49 (7 61) 137 62-21, E-Mail: m.struwe@eyecommunications.de

Über FidAR:

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V. ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, die im Herbst 2005 von Frauen in Führungsposition in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ins Leben gerufen wurde. FidAR strebt eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen und die Verbesserung der Unternehmenskontrolle an. Ziel der Initiative ist die paritätische Besetzung aller Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. FidAR verfolgt diese Ziele im engen Austausch mit Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und in Kooperation mit den relevanten Wirtschafts- und Frauenverbänden.

Mehr Informationen zu FidAR im Internet unter www.fidar.de.